

rade die letzten Tage bis zur Reichspräsidentenwahl zur bestmöglichen Kampfabstimmung unter den SPD-Arbeitern und SAJ-Mitgliedern auszunutzen.

Es muß uns gelingen in den Betrieben, an den Stempelfellen und überall, Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern und Jungarbeitern für die rote Einheitsfront, für den Kampf Klasse gegen Klasse, für den Kampf um Arbeit und Brot, für die Verteidigung der Sowjetunion und chinesischen Revolution, für ein freies sozialistisches Deutschland zu gewinnen.

Geran an die SPD-Arbeiter, verhärt die Diskussion und Kampfabstimmung. Gewinnt die SPD-Arbeiter für den roten Arbeiterkandidaten und damit für die proletarische Klassenfront.

15 000 Schuß Munition bei einem Mai

St. Petersburg, 7. März. Am Sonntag, dem 5. März, wurden bei einer Durchsicht bei einem im Kaiserweg in Untermyte wohnenden Nationalsozialisten ein Infanteriegewehr und 15 000 Schuß gegarbierte Maschinengewehrmunition vorgefunden. Der Mann wurde festgenommen und der Staatsanwaltshaft in Leipzig zugeführt. Weitere Erörterungen sind sofort aufgenommen worden.

Jungproletarier des SJV — Augen auf!

Der GSW im Lager des Sozialfaschismus

Die Reichskonferenz des Sozialistischen Jugendverbandes enthüllt den GSW als „linken“ Agenten des Sozialfaschismus. GSW Genossen, antwortet durch Massendemonstration am 7. Reichsjugendtag d. KPD

Die Reichskonferenz des „Sozialistischen Jugendverbandes“, die in Dresden stattfand, hat den Schleiter der „politischen Unabhängigkeit“ von der KPD, den die Führer des GSW ihren Mitgliedern gegenüber so oft verhießen, völlig preisgegeben. Das Ergebnis dieser Konferenz war die Zurückweisung jeder programmatischen Stellungnahme der GSW bis nach dem Statutenden der Parteitag der Sowjetunion. Schon damit war diese Forderung des GSW gekennzeichnet als offizielle Einordnung des GSW in die Sowjetunion und damit in die sozialfaschistische Front.

Der Charakter dieser Gruppe, deren Führer Rosenfeld die Reichskonferenz selbst begründete, wurde deutlich sichtbar bei den Formulierungsdebatten über die sogenannte „Prinzipienklärung“, die als Abgrenzungsmittel gegen die von dem GSW-Komitee ermittelten Jungproletarier im GSW beschlossenen wurde. Diese „Erklärung“ soll die Tatsache verdeutlichen, daß auf Wunsch der KPD die Reichskonferenz des GSW nicht über einen Programmentwurf abstimmen durfte, sondern den selben vordiskutieren mußte. In der „Prinzipienklärung“ wird nach stalinischen Richtlinien für den Kampf zur Sprengung des Nationalen und für das Nationalsozialismus erklärt, daß die Führung der proletarischen Diktatur die Partei hat. Die die Massen des Proletariats in der Revolution sprengt führt. Und diese Partei ist — ausgerichtet die Sowjetunion und ist die KPD.

Besonders beachtenswert war ferner die Tatsache, daß der ursprüngliche Wortlaut dieses Ablasses der „Prinzipienklärung“ nach einer Verlesung durch den GSW-Komitee eine andere Fassung lautete (ursprünglich folgendermaßen):

Durch eine stalinistische revolutionäre Politik führt der GSW den Genossen des KPD und der KPD handgreiflich vor Augen, wie man seiner Aufgabe gegenüber der proletarischen Jugend gerecht wird.

Der veränderte Wortlaut, der jetzt beschlossen wurde, heißt: „Der stalinistische Politik der KPD und deren schädliche Negativität stellt der GSW eine stalinistische revolutionäre Politik entgegen, wodurch den Genossen der KPD handgreiflich wird.“

Diese veränderte Formulierung gegen den kommunistischen Jugendverband kennzeichnet den GSW als „linken“ Spionagetypen der KPD. Diese Tatsache wird jedoch noch deutlicher durch eine andere Tatsache unterstrichen.

GSW deut sozialfaschistische Internationale

Am ursprünglichen Entwurf der Prinzipienklärung befindet sich u. a. auch folgende Stelle gegen die „Sozialistische Jugendinternationale“:

„Die GSW, die sich im Schlepptau der II. Internationale befindet, ist eine Vereinigung verschiedener nationaler Organisationen mit imperialistisch-pazifistischen Zielsetzungen.“

Abgesehen davon, daß bereits diese Formulierung die wahre Rolle der Organisation der II. Internationale als Verbündeten der imperialistischen Bourgeoisie „ihrer Vaterländer“ zu verdeutlichen zeigt, was auch diese Formulierung dem Weisheitsknoten Rosenfeld im „Anreißer“. Und so viel dieses Wort nötig unter den Tisch zu stecken, so daß in der armenischen Reichskonferenz nicht ein Wort gegen die KPD und SAJ als Organisationen zu finden ist, dagegen der veränderte Ablass gegen KPD und SAJ:

Diese „Prinzipienklärung“ des GSW ist damit als ein Versuch gekennzeichnet, die Jungproletarier des GSW aus ihrer Kampfabstimmung gegen den Arbeitererrat der SPD und SAJ in eine Kampfabstimmung mit den Vertretern gegen die kommunistische Jugend zu bringen.

Die Diskussion wurde dabei ganz deutlich, daß trotz der stalinistischen „Sicherung“ der Delegierten und der Geschäftsleitung von Max Schwarz, der einer der Haupttreiber bei der Verlesung der Erklärung gegen den KPD war, die Furcht vor der Enttarnung der Rolle des GSW als linker Agent der KPD. „Jugend“ die Konferenz zu einem der Führer unterwiesenen Mandat in der Aufrufdringung waren. Obwohl ein Teil der Delegierten ausdrücklich die Sowjetunion nicht als Arbeiterfront im Sinne der proletarischen Diktatur anerkennen wollten, sah man sich schließlich gezwungen, einen Votum anzunehmen, in dem es heißt:

„Die WSK, in der die Diktatur des Proletariats anerkannt worden ist, ist der einzige Staat der Welt mit stalinistischem Aufbau, der gegen alle Angriffe des Imperialismus notwendig werden muß.“

Dieser Ablass zeigt, daß die Führerklasse der GSW und des SAJ sehr gut weiß, daß ihre Feinde gegen die kommunistische Internationale ausstellen könnten werden durch das Beispiel der Sowjetunion. Um über eine solche Diskussion mit ihren proletarischen Mitgliedern hinwegzukommen, legt man ein Votum vor, das die Sowjetunion als, um dafür die Feinde gegen die Führer und Ideologen des kommunistischen Staatsaufbaus, die kommunistische Weltpartei und deren Jugend zu verurteilen.

Eine besonders erbärmliche Rolle spielte die „Delegation“ der niedrigen „kommunistischen“ Jugendopposition, Gruppe Redlich, die auch dort als Hauptstörer gegen die KPD auftrat. Ihre plumpe Anbiederung und Annäherung fiel jedoch vergeblich auf die KPD. Die KPD hat darauf hingewiesen wurde, erst einmal organisatorisch mitzuarbeiten. Die KPD hat die KPD-Kampagne hat sie nicht unter das Kommando von Seidenberg und Rosenfeld gestellt. Wer gegen die kommunistische Partei antritt, entwirft sich unangenehme zum offenen oder verkappten Sozialfaschismus.

Bei der Debatte über die Organisationsform wurde erneut der Versuch gemacht, wenigstens vorläufig den äußeren Schein der „Unabhängigkeit“ zu wahren. Entscheiden dem Vorhaben von GSW, Subkommissionen und Halle-Verleumdungen, die eine illegale zentralistische Organisation mit offener Unterordnung unter die KPD forderten, wurde der Dresdner Statutenentwurf angenommen, der eine „liberalistische“ Organisationsform vorschreibt. Bei der die Unterordnung unter die KPD besser abstrahieren werden kann. Auch hier zeigte sich, daß man den revolutionären Plan der KPD nicht umzusetzen vermag, denn während der De-

40 neue Kämpfer gewonnen?

Glänzender Verlauf des Frauentages

Kampfstimmung für roten Arbeiterkandidaten. Massenerwerb für rote Klassenfront

Der glänzende Verlauf der alljährigen Frauentagung im Reglerheim war ein Beweis dafür, daß nach der Massendemonstration wertvoller Frauen am roten Maiday vom 6. März auch der Internationale Frauentag seine Bedeutung gewonnen hat. Trotz schlechten Wetters war das Reglerheim dicht besetzt. Den Auftakt bildete ein Frauenprekhor: „Wir haben es satt...“ Besonders begeistert wurden zwei ausgezeichnete Sengen der roten Spieltruppe „So oder so“ und „Anna“ aufgenommen, die revolutionäre Selbstkritik zur Einziehung der Arbeiterfrau in die Kampffront darstellten. Im Mittelpunkt stand

das Referat der Genossin Kotte, die in einfacher und allgemein verständlicher Form an Hand der Taktiken und des Gegensatzes zwischen der Lage im kapitalistischen Deutschland und dem sozialistischen Aufbau der Sowjet-

union zeigt, welche Entscheidung vor uns steht. Wie sie die Wahl der Kandidaten des Kapitals von Hitler bis Hindenburg gekennzeichnet hatte und dabei fragte: „Kommen Sie für mich in Frage?“, erhielt ein donnerndes „Nein!“ aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer. Tolender Beifall antwortete, die KPD ausrief: „Wir werktigen Frauen führen den Kampf für die rote Arbeiterklasse für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.“ Zwei Kandidaturen fanden ebenfalls lebhaften Beifall.

Dann sprangen die Spieltruppen-Mitglieder auf die Bühne und ziefen zur Massenerwerb.

Im Ru waren aus der Mitte der Versammlung 20 Kerbinnen gefunden, die nach 10 Minuten ein glänzendes Fotobuch konnten:

41 neue Kämpferinnen und Kämpfer waren gewonnen, darunter 28 für die KPD, 6 für die KPD, 2 für die SAJ, 1 für den KPD und 4 neue Abonnentinnen der „Kämpferin“. Mit Begeisterung wurde das Referat aufgenommen. Dann

zeigten rote Sportlerinnen ihre Verbundenheit mit der Klassenfront

durch eine Gruppe: „Wir wählen Thälmann!“ Gruppenturnerische Darbietungen demonstrierten das sportliche Können, das diese Sportgenossinnen einleiten für den Klassenkampf der Arbeiterklasse. Und den Abschluß bildete dann die Liederfolge: „Sowjetunion“, die die Spieltruppe mit dem in eigenen Schluß spielte und die Stimme der Begeisterung ausließ. Der gemeinsame Kampfsong der Internationale bildete den Abschluß. Eine Teilerhebung ergab 1076 Briefe für den Kampfsong der Partei.

Wieder ein Bauernkomitee gebildet!

Am 3. März fand in Klein-Karlsdorf eine gelungene Bauernversammlung statt, in der der Kleinbauern Kampf Schmeider, Cottendorf, sprach. Das Referat über die Lage der Bauern in der Sowjetunion wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Im Anschluß daran wurde ein Komitee ernannt, das die Bauern in Cottendorf, dem sechs Kleinbauern angehören. In den Kampfsong der KPD wurden 634 Briefe gesandt.

Die organisatorische Schwäche

des GSW, der in handbüchlichen und phantastischen Redensarten gegenüber der KPD und dem KPD „stellte revolutionäre Politik“ demonstrierten mit und dabei die Sozialistische Jugendinternationale verächtlich zeigte sich bei der Heberziehung der Massenprüfungscommission. Insgesamt werden für den ganz Reich 7 600 Mitglieder angegeben.

Für Groß-Berlin sind ganz 1200 angegeben, für den Bezirk Hamburg 110, dafür sind in Hamburg 11 und die Organisation in Lübeck. Dies stellt in 1930 Mitglieder, in allen anderen Bezirken nur wenige Hundert, in Chemnitz nur 100, in Leipzig nur 200 Mitglieder.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß die Gefahr, die in dem Vortritt dieser Gruppe als „linker“ Agenten des Sozialfaschismus gegen den Kommunismus liegt. Denn

im praktischen Tageskampf,

im Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit für das gesamte Proletariat verhält diese sozialfaschistische Gruppe mit ihren „revolutionären“ Absichten verwerflich, aktive revolutionäre proletarische Elemente, die schon dem Sozialfaschismus den Rücken kehren wollten, abzuhalten von der wirklichen, aktiven Teilnahme, die allein durch Anerkennung der Führung durch KPD und SAJ erfolgen kann.

Sehr reichend wird in einem offenen Brief des kommunistischen Jugendverbandes an die Delegierten daran erinnert, daß das Reichsleitungsmitglied Krehmann selbst öffentlich die sozialfaschistische Streifenhaftigkeit geübt hat, indem er erklärte:

„Man kann nicht freiten, wenn die Gemeindefunktionen beibehalten werden, wenn die gesamte Berliner Bürokratie des KPD sich gegen den Streik erklärt, wenn — wie in Breslau — die Stadt von Reichswehr umgeben ist und gegen die Streikenden eingeschickt werden soll.“

Dieses erbärmliche sozialfaschistische Gewächs, das in das Kennzeichen der Praxis des GSW, dessen „revolutionäre“ Phrasen nur zur Verhüllung seines wahren Charakters dienen sollen. Darin aber liegt keine Gefahr, die gerade in Diskussionen auch organisatorisch nicht unterdrückt werden darf.

Diese Gruppe ist eine sozialfaschistische Gruppe — das muß anstandslos der Praxis des GSW, dessen „revolutionäre“ Phrasen nur zur Verhüllung seines wahren Charakters dienen sollen. Darin aber liegt keine Gefahr, die gerade in Diskussionen auch organisatorisch nicht unterdrückt werden darf.

Nur mit den kampfswilligen jungen Proleten, die der GSW den Rücken gekehrt haben, weil sie ihren sozialfaschistischen Charakter erkannt und die erneut durch die Gründung der linken Jugend der Weis und Lindenauer betrogen werden sollen, mit ihnen muß und wird der kommunistische Jugendverband, der erst in der Vorbereitung des 7. Reichsjugendtages in Othen nicht, die revolutionäre Einheitsfront in den von der kommunistischen Partei geführten Klassenkämpfen herstellen.

Mit ihnen wird er kämpfen und so dabei gleichzeitig gewinnen für die einzig klare, revolutionäre Politik, deren Trägerin die kommunistische Internationale ist.

Das rote Berlin marschiert unter den Sturmfahnen des Kommunismus

Über 100 000 demonstrieren im Berliner Volksgarten. Riefen Verbotsmaßnahmen des GSW-Polizeipräsidenten Orgesinoff. Vormarsch der roten Einheitsfront

Berlin, 9. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Berliner Volksgarten fand gestern 17.30 Uhr eine gewaltige Demonstration gegen den imperialistischen Krieg, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann statt. Die rote Einheitsfront unter Führung der KPD hat in weniger als 24 Stunden mobil gemacht. Trotz eisiger Schneemassen legten sich Tausende disziplinierter Demonstrierende in Marsch. Das Polizeipräsident Orgesinoff hatte Flugblätter beschlagnahmt, die rote Fahne verboten, die bürgerliche Presse hatte noch am Abend zuvor über Verhinderung der Demonstration berichtet.

Durch Schneemotz bis an die Knöchel marschierten die Arbeiter, Eisenbahnen, Angestellten und Mittelständler des roten Berlin unter den Sturmfahnen des Kommunismus. Der Sozialdemokrat Orgesinoff hatte im Zeichen der „Wohlfahrt“ alle Transparente zur Welle, alle Transparente gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und den Internationalen Frauentag verboten. Trotz der knappen Vorbereitungen und des schlechten Wetters war die Demonstration mehr als dreimal so groß als der Spitzgang der „Eiserne“ Hindenburgfront am vergangenen Sonntag. Die Zahl der Demonstrierenden wird auf über 100 000 geschätzt.

Auf den Bürgersteigen fanden die Massen, die begeistert die Kampfsong der revolutionären Arbeiter aufnahmen. Das rote Berlin marschierte im Bewußtsein, zu kämpfen mit dem imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, für Arbeit, Brot und Freiheit!

Bürgerliche verbietet KPD-Berammeln

Der SPD-Polizeipräsident von Dortmund, Fregel, hat mit, daß er solange keine Erlaubnis zu öffentlichen Demonstrationen der KPD geben wird, bis die von Kommunisten aufgerufenen, an den Schulen, Placaten und Placaten angebrachten Flugblätter und Mahnpapieren entfernt sind. Die Mahnpapier Fregelbedeutet eine schwere Behinderung der Kampfabstimmung und eine indirekte Hilfe für die kommunistische Partei und eine indirekte Hilfe für die proletarischen Kandidaten Hitler und Hindenburg. Die KPD hat protestiert gegen diese Maßnahmen, durch die der Kampf um die Verfassungsfreiheit für die KPD aufgegeben wird.